

## Geteiltes Echo auf Rentenplan für Ehrenamtler



Von kna

Do, 11. August 2022

Deutschland

### **Faeser: Wer sich engagierte, soll früher in Ruhestand dürfen.**

Auf Überlegungen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), ehrenamtliche Arbeit stärker zu belohnen, gibt es unterschiedliche Reaktionen. Während der Koalitionspartner FDP Vorschläge wie einen früheren Renteneintritt für Freiwillige ablehnt, begrüßen Verbände den Vorstoß, fordern aber eine differenzierte Debatte.

Faeser hatte vorgeschlagen, der Staat könne langjährige Ehrenamtler durch einen früheren Renteneintritt belohnen. So könne er Anreize für freiwilliges Engagement schaffen, sagte sie dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Das Ehrenamt für die Allgemeinheit, das viele in Deutschland neben Arbeit und Familie leisteten, sei ein sehr hohes Gut. Konkrete Vorschläge seitens anderer Ministerien gebe es dazu momentan nicht, sagten die jeweiligen Sprecher am Mittwoch.

Der Präsident des Familienbundes der Katholiken, Ulrich Hoffmann, reagierte positiv auf die Überlegungen: "Maßnahmen, die das Ehrenamt stärken, sind zu begrüßen, da es eine sehr wichtige Stütze unserer gesellschaftlichen Strukturen ist", sagte Hoffmann. Zugleich stelle sich die Frage, warum der frühere Renteneintritt nicht für Familien gelten sollte, die durch ihren Beitrag das Rentensystem besonders stützten.

Die Caritas mahnte dagegen, die "wichtige Debatte um die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements von Menschen aller Generationen nicht mit der Debatte um das Renteneintrittsalter zu verknüpfen". Anstatt über neue Möglichkeiten des vorzeitigen Renteneintritts zu reden, müsse in einer Gesellschaft des langen Lebens darüber gesprochen werden, dass und wie ältere Menschen einen gesellschaftlichen Beitrag leisten könnten und wollten, erklärte Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa.

Eine klare Absage kam von Faesers Koalitionspartner FDP. Das Ehrenamt sei eine gesamtgesellschaftliche Frage und könne nicht allein auf die Beitragszahler abgewälzt werden, erklärte der sozialpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Pascal Kober. "Es wäre auch unfair gegenüber Selbstständigen, die ja selten rentenversichert sind."